



Fotos: Kasper Ruoff

Welche Kulturpolitik ist nötig, um eine blühende Kulturlandschaft hervorzubringen?

Die Vermittlung von Kulturtechniken spielt eine zentrale Rolle.

Ein Gespräch aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Es ist richtig, wenn man den Kulturbegriff weit fasst

Peter Keller

Der Nidwaldner unterrichtete Deutsch, Geschichte und Staatskunde am Gymnasium in Stans. Er war persönlicher Mitarbeiter von Christoph Blocher und Redaktor der *Weltwoche*. Heute führt er eine Kommunikationsagentur. Als SVP-Nationalrat ist er Mitglied der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie der Finanzkommission und Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Volkskultur und Volksmusik.

Min Li Marti

Die SP-Nationalrätin aus Zürich hat Soziologie, Publizistikwissenschaft sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte studiert. Mit Philip Delaquis und Stefan Zuber gründete sie die Produktionsfirma Das Kollektiv und produzierte Filme mit. Sie war für den VPOD tätig und ist heute Verlegerin und Chefredaktorin der Wochenzeitung *P.S.* Sie ist Mitglied der Kommission des Nationalrats für Rechtsfragen.

Rosmarie Quadranti

Die Bildungsspezialistin aus dem zürcherischen Illnau zeichnet sich durch ihr grosses Engagement in vielen unterschiedlichen Gremien aus. Sie präsidiert den Schweizer Musikrat und ist als BDP-Nationalrätin und Fraktionspräsidentin Mitglied in der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur, in der Sicherheitspolitischen Kommission und im Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Musik.

Interview: Wolfgang Böhler — Am vergangenen 7. Mai trafen sich die Nationalrätinnen Rosmarie Quadramti und Min Li Marti sowie der Nationalrat Peter Keller im Bundeshaus zu einem Gespräch mit der *Schweizer Musikzeitung* über Kulturförderung. Die Inhalte des Vernehmlassungsentwurfs der neuen Kulturbotschaft waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt.

SMZ: *Nach den Kulturbotschaften des Bundes sollen zunehmend auch Partizipation und Inklusion zu kulturellen Aufgaben werden. Das kann etwa dazu führen, dass immer mehr soziale Aufgaben an Musikschulen übertragen werden und deren Kerngeschäfte, die Vermittlung musikalischen Handwerks, zu leiden beginnt. Wie rechtfertigt man solche Entwicklungen?*

Quadramti: Die neueste Botschaft haben wir noch nicht gesehen. Sie könnte Veränderungen mit sich bringen. Unterricht hat immer auch eine soziale Komponente. Das war immer so.

Die Einschränkung gestehe ich zu. Es geht mir mehr um grundsätzliche Konzepte.

Marti: Der Kulturbegriff hat sich gewandelt. Es gibt zum Beispiel immer mehr interdisziplinäre Konzepte, etwa Performances oder Videokunst, die in den gegenwärtigen Förderstrukturen nicht berücksichtigt werden.

Auch die Computerspiele.

Marti: Und interdisziplinäre Projekte im Theater. Hinzu kommt, dass die traditionelle Kulturvermittlung, die Verlage, die Kinos, sich in einer digitalisierten Welt weniger gut finanzieren können. Auch sie melden Förderbedarf an. Buchverlage beklagen Geldmangel aufgrund von Währungseffekten und gefallener Buchpreisbindung. Da ist zum Beispiel die Stadt Zürich mit temporären Fördermassnahmen eingeklopft. Es gibt auch andere Vermittler, die anbieten etwas für die Kulturvermittlung oder das filmgeschichtliche Erbe. Solche Leistungen wurden früher von der Kulturförderung nicht abgegolten.

Quadramti: Das ist eine gute Entwicklung. Früher war der Rahmen der Fördermassnahmen zu eng. Vieles fließt heute ineinander, gehört zusammen und hat eine bessere Wirkung.

Auch in der Musik?

Quadramti: Kulturbotschaften sind auch immer Abbilder von dem, was eine Gesellschaft in ihrer Entwicklung braucht. Gerade die Musik müsste deshalb in der Kulturbotschaft präsenter sein. Sie ist ein wich-

tiges Element im Zusammenleben, und sie hat eine starke Integrationskraft.

Marti: Man muss heute mehr begründen, weshalb man Kultur fördert. Das ist nicht nur schlecht.

Keller: Kulturförderung in der Schweiz ist föderalistisch aufgebaut. Eine Rolle spielen Gemeinden, Kantone und der Bund. Die wesentlichen Mittel werden in den Gemeinden und den Kantonen zur Verfügung gestellt. Gesamtschweizerisch umfasst Kulturförderung im Jahr rund 2,8 Milliarden Franken, auf Bundesebene – in Anführungszeichen – «bloss» rund 300 Millionen Franken. Der Anteil für die Musik ist dabei sehr klein. Der wesentliche Teil geht in Filmförderung, Denkmalpflege, Heimatschutz, gewisse museale Einrichtungen.

Wir haben aber auch die Musikinitiative angenommen.

Keller: Wir haben damit nun den Musikartikel der Verfassung – Artikel 67a –, den wir konkretisieren können. Da findet sich auf Verfassungsebene eine gewisse Wirkung von oben nach unten. Letztlich haben wir aber eine Kulturförderung von unten nach oben, was ich auch begrüsse. Sie wird der Vielfalt der Schweiz gerecht. Das Kulturverständnis im Kanton Nidwalden, aus dem ich komme, ist ein anderes, als etwa im Kanton Zürich meiner beiden Gesprächspartnerinnen.

Könnte es sein, dass der Bund eher grundsätzliche Fragen klären sollte, um die Kantone in ihrer praktischen Förderarbeit von theoretischen Überlegungen zu entlasten?

Quadramti: Auf Bundesebene müssen wir den Verfassungsartikel 67a umsetzen. Da muss der Bund schon über die Bücher.

Inwiefern?

Quadramti: Es wird viel zu wenig getan. Wir haben jetzt ein bisschen Begabtenförderung, der freie Zugang zur Musik für alle in jedem Alter ist hingegen in den meisten Kantonen nicht realisiert. Der Kanton Zürich ist typisch dafür, dass diese von der Bundesverfassung vorgegebene Aufgabe nicht umgesetzt wird.

Keller: Was heisst bezahlbarer Zugang? Ab welchem Alter?

Quadramti: Den Zugang von Kindern und Jugendlichen zur Musik und die Begabtenförderung, das schreibt der Verfassungsartikel vor. Die aktuelle Um-

setzung ist bedenklich. Da stellt sich die Frage, ob es ein Fördergesetz braucht, weil der Verfassungsartikel über ein Gesetz besser definiert werden müsste. Der Bund müsste den Rahmen vorgeben. Meines Erachtens ist es richtig, wenn man den Begriff der Kultur dabei sehr weit fasst.

Marti: Ich sehe das auch so. Ich habe ein gewisses Misstrauen, wenn man zu rigide Definitionen der Kultur vorgibt. Ich bin skeptisch, wenn die Bundesverwaltung oder wenn die Politik vorgibt, was Kultur ist. Das ist schwierig. Was man letztlich zur Kultur zählt, muss man in einem laufenden Prozess dynamisch bestimmen. Die Kulturförderung muss ja auch reagieren können, wenn sich neue Entwicklungen ergeben. Sonst fördert man letztlich nur noch eine Kultur, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen gar nicht entspricht. Es kann ja immer etwas Neues entstehen, Dinge können sich ändern, und es kann nicht sein, dass wir die Förderung danach ausrichten, was im 19. Jahrhundert als Kultur betrachtet wurde.

Keller: Ich habe Verständnis für dieses Unbehagen. Die lateinische Herkunft von «Kultur» verweist auf Anbauen, Bepflanzen, also Bereiche, in denen der Mensch sich bemerkbar macht und etwas gestaltet. Das kann man natürlich in einem sehr allgemeinen Sinn verstehen. Die Musik unterscheidet sich allerdings von vielen andern Kulturbereichen. Ich sage mal etwas provokativ: In der bildenden Kunst kann man eine Zitrone an die Wand nageln und das zur Kunst erklären. Wenn sich aber jemand an ein Klavier setzt, dann zeigt sich relativ schnell, ob er etwas kann oder nicht.

Marti: Es hat Musikströmungen gegeben, die gerade mit dem Nichtkönnen kokettiert haben.

Keller: Einverstanden, der Erfolg beim Publikum war aber doch relativ bescheiden.

Um überhaupt zu Ausdruck zu gelangen, braucht es in der Musik ein gewisses Mass an solidem Handwerk.

Keller: Genau. Man muss befürchten, dass die Vermittlung des Handwerks zum Beispiel in der Schule mit der Ausweitung des Kulturbegriffes nicht mehr den früheren Stellenwert hat. Erst recht, wenn in den Musikunterricht dann auch noch andere Aufgaben hineinfließen.

Quadramti: Ausser vielleicht im anfänglichen Einzelunterricht an der Musikschule auf einem Instrument spielt die soziale Komponente immer eine Rolle. In den letzten Kulturbotschaften wurde die Musik bloss so nebenbei erwähnt. Damit die kulturelle Vielfalt und die sozialen Funktionen der Musik genug Gewicht erhalten, muss sie deutlicher angesprochen werden. Es steht sonst wirklich zu befürcht-

ten, dass die Musikschulen auf Gemeindeebene ein Problem bekommen.

Keller: Dort wird wirklich gespart? Ich habe meine Zweifel. Die Erfahrung zeigt, dass sich die Politik scheut, Sport oder Musik anzutasten.

Quadramti: Beim Musikunterricht zu sparen, ist für Gemeinden eine bequeme Sparmassnahme. Es gibt Zusammenlegungen, die sind auch sinnvoll. Musikschulverbände können damit eher wenig genutzte Angebote – etwa Harfenunterricht – beibehalten. Bei den Musiklehrpersonen an den Volksschulen beobachten wir aber einen weiteren Kompetenzabbau. Da könnte der Bund alleine dadurch, dass er die Musik in der Kulturbotschaft stärker gewichtet, wichtige Signale aussenden. Es wäre zu hoffen, dass der Verfassungsartikel des Bundes auf Kantons- und Gemeindeebene Wirkung entfaltet. Das ist bis jetzt nicht der Fall.

Marti: Man muss auch sehen, dass die Kulturschaffenden selber mit dem gesellschaftlichen Nutzen der Kultur argumentieren. Sie führen etwa an, dass der musikalische Frühunterricht die schulische Leistung positiv beeinflusst und zur Integration beiträgt. Deshalb brauche es den Musikunterricht, der auch allen zugänglich sein soll.

Man kann dahinter ein Zweckargument vermuten, weil es heute eben nicht mehr selbstverständlich ist, dass der Musikunterricht zur elementaren Bildung einfach dazugehört. Zum Gesamtsystem auf Gemeindeebene gehören aber auch die traditionellen Vereine, die den Musikunterricht demokratisiert haben. Allerdings erreichen sie etwa Migranten kaum. In bürgerlichen Chorvereinen finden sich äusserst selten Albaner oder Spanierinnen ...

Keller: Ich singe in einem Nidwaldner Jodelklub, da haben wir nicht einmal einen Obwaldner. *(Alle lachen.)*

Keller: Und keine Frauen.

Berner Jodelklubs haben immer auch zwei, drei Jodelerinnen.

Keller: Es gibt in der Innerschweizer Jodlerszene reine Männerchöre.

Quadramti: Eine Vielfalt an Besetzungen und Kombinationen ist ja durchaus sinnvoll. Und die Laienverbände sind auch sehr wichtig. Blasmusik und Orchester wären nie auf dem Niveau, auf dem sie sind, ohne diese Nachwuchsförderung. Damit das so bleibt,



muss der Bund aber seinen Verfassungsauftrag endlich auch erfüllen.

Die rechtsbürgerliche Kulturpolitik wurde nicht zuletzt von einem Artikel von Robert Nef, dem früheren Leiter des Liberalen Instituts, geprägt. Er trug den sinnigen Titel «Kultur ist Sache der Kultur». Nef stellte sich auf den Standpunkt, der Staat solle sich aus der Kulturförderung weitgehend raushalten. Kulturelle Bildung ist aber sicherlich unabdingbar. Sollte man die kulturelle Bildung aus der Kulturpolitik lösen und bloss in der Bildungspolitik abhandeln?

Keller: Ich habe selber jahrelang unterrichtet. Ich bin auch der Meinung, dass man die Vermittlung von Inhalten und Kompetenzen nicht trennen kann von zwischenmenschlichen Aspekten. Die Schule hat einen pädagogischen Auftrag und wirkt erzieherisch, das scheint mir unbestritten. Die Schule ist auch ein Ort der kulturellen Bildung. Die Kulturtechniken, die vermittelt werden, öffnen erst den Zugang zur Kultur. Was Nef und die SVP meinen, ist: Man muss aufpassen, dass der Staat in der Kulturförderung nicht eine allzu dominante Rolle einnimmt. Es gilt zu verhindern, dass es zu Kanalisierungen, politischen Einwirkungen und Verfälschungen kommt. Die Kulturschaffenden nehmen gerne kritischen Geist und Freiheit für sich in Anspruch, reagieren aber häufig sehr dünnhäutig, wenn sie selber in Frage gestellt werden.

Dann müsste man die Subventionskultur in Frage stellen?

Keller: Man kann sich fragen, wo die Grenze der Subventionskultur ist. Wenn zum Beispiel ein Theater einen Eigenfinanzierungsgrad von gerade mal zehn Prozent hat wie das Neumarkt in Zürich: Werden da nicht Gelder gebunden, die dann gerade auch den neueren Kulturformen, die Min Li Marti eingangs erwähnt hat, fehlen?

Im SVP-Strategiepapier zur Kultur werden als Beispiele Persönlichkeiten wie Ruedi Walter oder Jörg Schneider, die Laienvereine und Jodler erwähnt. Stellt sich die Partei auf den Standpunkt, dass dies genügt, und würde sie die Notwendigkeit bestreiten, Formen der Hochkultur zu unterstützen, die zwar innovativ sind, aber bloss ein sehr kleines Spezialistenpublikum interessieren?

Keller: Das war jetzt eine Karikatur des SVP-Kulturverständnisses. Von der linken Kulturschickeria

war lange Zeit gegenüber der Volkskultur im besten Fall Herablassung zu erwarten. Im Schweizer Fernsehen, das ich übrigens seit zwanzig Jahren nicht mehr konsumiere, hat Ingrid Deltenre eine gewisse Entkrampfung erreicht. Da wurde auch die Volksmusik wieder aufgewertet.

Marti: Vor allem der volkstümliche Schlager.

Keller: Von dem müssen wir hier nicht reden. Aber die Schweiz hat eine bäuerlich geprägte Volkskultur, das ist offensichtlich, dazu gehören auch der Schwingsport, das Jodeln, die Ländlermusik, das ist ein Teil der kulturellen Schweiz. Umgekehrt muss man sagen, dass nicht jeder, der «innovative» Kunst vertritt, automatisch Anspruch auf staatliche Förderung haben muss.

Die Frage muss man allgemeiner stellen: Gibt es so etwas wie Exzellenz und Relevanz in innovativen Kunstformen, die gefördert werden sollten, auch wenn sie beim Publikum nicht oder möglicherweise noch nicht auf Resonanz stossen? Und wie kann man sichergehen, dass man die richtigen Projekte fördert?

Keller: In der Musik ist das relativ einfach, musikalische Begabung zeigt sich früh und kann gezielt gefördert werden.

Marti: Es ist auch in anderen Kunstformen nicht so schwierig, die wirklichen Talente zu identifizieren. Es braucht dazu in allen Künsten sowohl Breiten- als auch Exzellenzförderung. Exzellenz kann nur entstehen, wenn auch breite Konkurrenz da ist und sich die Besten durchsetzen können.

Die Gräben zwischen Hoch- und Volkskultur sind tatsächlich kleiner geworden. Es gibt heute auch Linke, die Jodeln oder Schwyzerörgeli spielen. Es ist aber auch sinnvoll, Kunstformen zu fördern, die kaum ein grosses Publikum finden, zeitgenössische Musik etwa oder Experimentalfilme.

Keller: Heute driften künstlerische Entfaltung in der experimentellen Kunst und die Resonanz in der Öffentlichkeit allerdings immer weiter auseinander. Drastisch ist das etwa im Filmschaffen zu beobachten.

Marti: Die erfolgreichen Filme der Schweiz sind auch alle gefördert worden. Aber so weit auseinander sind wir gar nicht. Ich glaube nicht, dass das erste und wichtigste ist, dass man Fördergelder bekommt. Ein gewisses Publikum sollte man schon finden.

Considérer la culture au sens large

Résumé: J.-D. Humair — Quelle politique culturelle instaurer pour faire fleurir le paysage culturel? Trois politiques et politiques répondent à nos questions: Peter Keller, Conseiller national UDC nidwaldien, Min Li Marti, Conseillère nationale PS zurichoise et Rosmarie Quadranti, conseillère nationale PBD zurichoise et présidente du Conseil suisse de la musique. Au moment de l'entretien, le nouveau message culture de la Confédération n'était pas encore dévoilé.

Mais déjà les messages culture précédents incluaient de plus en plus de tâches, au détriment peut-être de l'enseignement musical. Min Li Marti répond à cela que le concept de culture a changé et qu'il inclut des activités interdisciplinaires, telles que des performances ou de l'art vidéo, qui ne sont pas pris en compte dans les systèmes de financement actuels. Les médias traditionnels souffrent aussi du numérique. C'est le cas des salles de cinéma et des éditeurs de livres, qui demandent de l'aide. Rosmarie Quadranti dit apprécier cet élargissement.

Mais les messages culture sont toujours des images de ce que la société est en train de développer, et selon Rosmarie Quadranti, la musique devrait être plus présente parce qu'elle est un élément important de notre vie communautaire. Peter Keller précise que la promotion de la culture en Suisse est structurée au niveau fédéral, mais que les communes

et les cantons jouent un rôle important et restent les principaux bailleurs de fonds. Le financement de la culture représente un total de 2.8 milliards de francs par an dont seuls 300 millions proviennent de la confédération. Et seule une petite partie de cette somme revient à la musique.

Faudrait-il alors que la confédération prenne en charge les questions fondamentales et libère les cantons de considérations théoriques pour les laisser se concentrer sur les tâches pratiques? Selon Rosmarie Quadranti, la confédération doit avant tout mettre en application l'article constitutionnel 67a (sur la musique). Elle n'a pas assez avancé dans ce domaine. Elle devrait définir le cadre, avec une vision aussi large que possible. La promotion culturelle doit pouvoir réagir lorsque de nouvelles formes d'art apparaissent. Sinon, l'état soutiendra une culture qui ne répond pas aux besoins sociaux.

Rosmarie Quadranti note aussi qu'à l'exception peut-être des leçons particulières d'instrument, la musique a toujours une composante sociale. Pour que la diversité culturelle et les rôles sociaux de la musique soient suffisamment pris en compte, il convient de s'y attaquer clairement, car le risque est grand que les communes fassent des économies sur le dos des écoles de musique. Rosmarie Quadranti note qu'on constate aussi une baisse des compétences chez les

droite bourgeoise a été façonnée notamment par un article de Robert Nef qui disait: «la culture est une affaire de la culture». Autrement dit, l'Etat doit rester en grande partie en dehors de la promotion culturelle. Peter Keller nuance en précisant qu'il faut juste faire attention à ce que l'Etat ne joue pas un rôle trop dominant dans ce domaine. Cela pose notamment la question des subventions: selon Keller, quand les revenus d'un théâtre ne couvrent que le 10% de son budget, comme c'est le cas du Neumarkt de Zurich, on peut légitimement se demander s'il n'aurait pas mieux investi dans une autre institution, comme celles dont parlait Min Li Marti plus haut.